

BOAR Kaminski erläutert die Untersuchungsrahmen beider Verfahren (Ökoaudit und eea) und stellt fest, dass das Ökoaudit ein sehr umfangreiches und kostenintensives Verfahren ist. Über das Energienetzwerk Nordwest, bei dem die Stadt regelmäßig an Arbeitssitzungen teilnimmt, ist die Stadt Schortens über das Zertifizierungsverfahren European Energy Award informiert worden. Mehrere Kommunen (Wilhelmshaven, Oldenburg und Weyhe) beteiligen sich bereits an dem Zertifizierungsverfahren. Würden sich drei Kommunen finden, die Interesse an dem Energiezertifizierungsverfahren haben, könnte über die Metropolregion ein Förderantrag zur Teilnahme gestellt werden, bei dem die Stadt anstatt 33.350 Euro nur noch 22.750 Euro verteilt auf vier Jahre übernehmen müsste.

Anhand von Beispielen: Einsatz von Erdgasfahrzeugen, Nutzung neuer Heizungstechnik, Installation von Photovoltaikanlagen beschreibt BOAR Kaminski die Maßnahmen als Ergebnis des Zertifizierungsverfahrens aus anderen Kommunen. Zudem weist er auf die Einführung des Energieausweises für öffentliche Gebäude ab 01.01.2009 hin.

Die anschließende Diskussion spiegelt gegensätzliche Auffassungen zur Teilnahme am eea wider. Dabei unterstreicht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch einmal ihre Anregung, dass ein Zertifizierungsverfahren nicht nur Teilaspekte des Handelns einer Kommune im Energiebereich beleuchten sollte, sondern als Ergebnis ein Gesamtkonzept mit vorderdringlichen Handlungsfeldern vorgelegt wird, bei dem auch die Handelnden in der Verwaltung und in den Schulen im Umgang mit Energie weiter qualifiziert werden.

Ein wiederkehrendes Argument in der Diskussion ist der Ansatz, die jährliche Teilnahmegebühr am Zertifizierungsverfahren direkt in konkrete Maßnahmen z. B. in die Gebäudesanierung zu investieren.

Zudem wird festgestellt, dass die Ausstellung von Energiepässen für öffentliche Gebäude, gefordert ab 2009, nicht über das Zertifizierungsverfahren abgedeckt werden kann.

BM Böhling formuliert abschließend einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung mit Blick auf KfW- Fördermöglichkeiten für die Sanierung von Sportstätten und anderen öffentlichen Gebäuden bis Ende des Jahres eine Bestandsanalyse vorzulegen. Inhalt soll auch ein Vergleich mit Gebäuden anderer Kommunen im Energiebereich bis zum Jahresende sein. Danach ist zu beraten, welche Energieeinsparvorschläge bei den einzelnen Gebäuden (Fachauftrag) näher untersucht werden müssen. Im Haushalt ist ein Budget für den Fachauftrag bzw. für Energieeinsparmaßnahmen ab 2009 einzuplanen.

Diesem Vorschlag stimmen die Mitglieder des Ausschusses zu.